

**GEW**

# EuWiS

**Oktober 2019**

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

## ERWACHSENENBILDUNG



**BILDUNG. WEITER DENKEN!**



Thema: Erwachsenenbildung

Editorial 03

Thema: Erwachsenenbildung 04

- 04 Immer spannend, immer in Bewegung und alles andere als verstaubt!  
Zur Zukunft der Erwachsenenbildung an einer modernen Volkshochschule
- 07 Sprachkurs im Wandel der Zeit  
Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache an der VHS Regionalverband Saarbrücken
- 09 Prekäre Beschäftigung  
Prekäre Beschäftigung in der öffentlich finanzierten Weiterbildung

Schule 11

- 11 Der Störenfried und die Demokratie  
Über Trainingsraum- und Pappwandpädagogik
- 14 PISA  
Sonderauswertung zum Schulerfolg sozial benachteiligter Schüler\*innen

Gewerkschaft 15

- 15 45 Jahre FG Sozialpädagogische Berufe in der GEW Saarland

17 Fit im Examen (Referendariat) GEW-Seminar

18 Vereinbarkeit von Pflege und Beruf GEW-Seminar

19 Rückblick  
Veranstaltung des KV Saarlouis

19 Wir gratulieren Harald Ley  
Aus dem KV Saarlouis

Info & Service 20

20 "Demokratisch handeln"  
Erfolgreiche Arbeit sichtbar machen - aktuelle Bewerbungsrunde im Förderprogramm

20 SAVE THE DATE  
5. Elternforum Inklusion

Bücher & Medien 21

21 100 Jahre Grundschule - Soziale Chancengleichheit und keine Ende  
Die Schulform Grundschule feiert in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag

22 Lexikon Saarbrücker Straßennamen

Zu guter Letzt ... 23



### Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr  
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr  
Telefon: 0681 / 66830-0,  
Telefax: 0681 / 66830-17  
E-Mail: info@gew-saarland.de  
Internet: http://www.gew.saarland

### GEW-Service

#### Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 09.00 - 16.00 Uhr,  
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

#### Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,  
Tel.: 0681 / 66830-13,  
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de  
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter  
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

#### Beratung für Referendarinnen und Referendare

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396  
E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

#### Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Bleimehl  
Tel.: 0170 / 9655772  
E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

### Redaktionsschluss

07.10.2019  
(November-Ausgabe)

05.11.2019  
(Dezember/Januar-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

### Impressum

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,**  
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:  
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17  
info@gew-saarland.de

**Layout**  
Bärbel Detzen  
b.detzen@gew-saarland.de

**Redaktion**  
Matthias Römer  
redaktion@gew-saarland.de  
Helmut Bieg,  
Thomas Bock,  
Dr. Judith Frankhäuser,  
Anna Haßdenteufel,  
Helmut Stoll

**Druck**  
COD Büroservice GmbH  
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken  
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

**Bildnachweis**  
u.a. 123rf.com, GEW-Archiv, privat

**Titelfoto**  
123rf.com/©Kittisak Taramas (geändert)

**Anzeigenverwaltung**  
Andreas Sánchez Haselberger  
a.sanchez@gew-saarland.de

Die Redaktion behält sich bei Beiträgen und Leserbriefen Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und stehen in der Verantwortung des Autors.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Volkshochschulen in Deutschland lautet das Schwerpunktthema der aktuellen EuWis-Ausgabe „Erwachsenenbildung“. Die deutschen Volkshochschulen, die infolge ihrer Verankerung in der Weimarer Verfassung nach 1919 an zahlreichen Orten gegründet wurden, stehen ähnlich wie ihr französisches Pendant, die „Universités Populaires“, in der Tradition einer demokratisch und solidarisch orientierten Erwachsenenbildung. Es existiert also aufgrund von Selbstverständnis und Bildungsprogramm der Volkshochschulen eine gewisse Wahlverwandtschaft zur GEW.

Carolyn Lehberger, die Leiterin der VHS des Regionalverbandes Saarbrücken, hebt in ihrem Artikel die Bedeutsamkeit von Volkshochschulen für unsere Gesellschaft hervor. So stellten sich die Volkshochschulen dem neoliberalen Mainstream entgegen, der Bildung auf ökonomische Verwertungsinteressen reduziert. Bildung im Sinne der Volkshochschulen werde stattdessen als Mittel der Persön-

lichkeitsentwicklung und Mündigkeit verstanden. Volkshochschulen stünden allen offen und leisteten einen wichtigen Beitrag zu Integration, Teilhabe und Inklusion. Antidemokratische und rassistische Äußerungen, die den Ausschluss bestimmter Menschengruppen von gesellschaftlicher Teilhabe forderten, hätten somit keinen Platz in den Bildungsveranstaltungen der VHS. Heiner Zietz, der an der VHS des Regionalverbandes Saarbrücken seit langem für den Sprachenbereich zuständig ist, berichtet über die Entwicklung der VHS-Sprachkurse von den 1980er Jahren bis zur Gegenwart.

Ansgar Klinger, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW, Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, referiert unter der Überschrift „Prekäre Beschäftigung“ einige Fakten aus der umfangreichsten repräsentativen Studie zur beruflichen und sozialen Situation der in der Weiterbildung Beschäftigten. Ein aus gewerkschaftlicher Sicht ernüchterndes Fazit lässt sich aus dieser Studie ziehen: Die Mehrheit der in der Weiterbildung Tätigen arbeitet in einem prekären Beschäftigungsverhältnis!

Ilka Hoffmann, unsere saarländische Vertreterin im GEW-Hauptvorstand, analysiert in ihrem Beitrag, wie die in manchen Schulen beliebte „Trainingsraumkonzepte“ und das „Bei Stopp ist Schluss!“-Programm auf die Mittel der Repression und Beschämung set-

zen, um Schüler\*innen an das System der Schule anzupassen. Ilka zeigt stattdessen pädagogische Möglichkeiten auf, um die Persönlichkeitsentwicklung der Heranwachsenden in einer demokratisch organisierten Schule zu fördern. Anna Haßdenteufel, die stellvertretende Landesvorsitzende der GEW-Saarland, fasst die Ergebnisse der PISA-Sonderauswertung zum Schulerfolg sozial benachteiligter Schüler\*innen zusammen: Hohe soziale Mischung, ein geordnetes und lernorientiertes Klassenklima sind demnach wichtige Faktoren, um Resilienz und Bildungschancen zu verbessern.

Natalie Horne, die Vorsitzende der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, berichtet von der Feier anlässlich des 45-jährigen Bestehens ihrer Fachgruppe. Thomas Schulgen von der Fachgruppe Grundschulen präsentiert schließlich die Essentials aus einem Zeitschriftenartikel, den Isabel van Ackeren und Klaus Klemm anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Grundschule verfassten. Zentraler, wohlbekannter Befund: Die frühe schulische Selektionsentscheidung in Deutschland verstärkt die Chancengleichheit. ■

Eine anregungsreiche Lektüre wünscht euch  
**Helmut Stoll**

ANZEIGE



**COD Büroservice GmbH**  
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken  
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301  
print@cod.de www.cod.de



# Immer spannend, immer in Bewegung und alles andere als verstaubt!

## Zur Zukunft der Erwachsenenbildung an einer modernen Volkshochschule

Mit ihrem Jubiläum „100 Jahre Volkshochschulen in Deutschland“ berufen sich die Volkshochschulen auf die Weimarer Verfassung von 1919. Artikel 148 forderte erstmals alle staatlichen Ebenen auf, die Erwachsenenbildung und insbesondere die Volkshochschulen zu fördern. Dies löste eine deutschlandweite Gründungswelle aus: 1919 gilt als das Geburtsjahr der Volkshochschule moderner Prägung und der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung. 1919 ist das Jahr, in dem die größte Zahl der heute noch existierenden Volkshochschulen ursprünglich gegründet wurde. 900 Einrichtungen mit 700.000 Lehrveranstaltungen arbeiten bundesweit in mittelbarer oder unmittelbarer Trägerschaft der Städte, Gemeinden und Landkreise mit finanzieller Unterstützung der Länder und Drittmitteln des Bundes.

ten und diese sind zugleich ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal von Volkshochschulen. Unser Bildungsbegriff und das dahinterstehende Menschenbild unterscheiden sich von dem „Trend“ der letzten Jahre, einer neoliberalen Sicht auf den Menschen und dessen Bildungsbiographie, wo Bildung im Wesentlichen als wirtschaftliche Investition begriffen wird. Es geht primär um eine Verwertbarkeit von Wissen. Bildung wird in den aktuellen Diskussionen nicht mehr primär als ein Mittel der Persönlichkeitsentwicklung und des Erwerbs von Mündigkeit angesehen.

VHS sind bildungsoptimistisch, d.h. sie sind potenzialorientiert und nicht defizitorientiert. Es werden Talente entdeckt und gefördert. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die grundlegende Überzeugung von der Entwicklungs-

qualitativen Zuwachs an gesellschaftlicher Teilhabe und Zugang zu Bildung. Volkshochschulen bieten im wahrsten Sinne des Wortes gemeinwohlorientierte Angebote, Angebote, die von einkommensschwachen und bildungsbenachteiligten Gruppen angenommen werden. Z. B. treffen wir in unserem Programmbereich Grundbildung und Schulabschlüsse auf Menschen, die sich im Erwachsenenalter aufmachen, Lesen und Schreiben zu lernen.

### These 3: VHS schaffen Integration und Begegnung

„Weniger – Älter – Bunter“ – so lassen sich die Folgen des demografischen Wandels für unsere Gesellschaft zusammenfassen. Mehr Deutsche als je zuvor (42 Prozent) wohnen in einem Singlehaushalt; ein Fünftel der Frauen und Männer ist kinderlos, ein Drittel der Ehen endet mit einer Scheidung; die Zahl der Hochbetagten steigt von Jahr zu Jahr – und damit das Risiko, ohne Geschwister oder Freunde zurückzubleiben. Es ist eine wachsende Mobilität zu verzeichnen: Menschen ziehen aufgrund ihres Studiums, ihrer Berufsausbildung oder wegen des Jobs in eine andere Region, eine andere Stadt. Volkshochschule gibt auf diese Entwicklungen mehrere Antworten und trägt zu einer guten Lebensqualität bei, somit auch zu einem „weichen Standortfaktor“ für Städte und Kommunen im Sinne von Attraktivität, von Lebensqualität: Sie schafft Integration, denn sie ist unverwechselbar, einzigartig und als „Marke“ in Deutschland, Österreich und der Schweiz anerkannt. Das ist ein ganz entscheidendes Plus, denn den Menschen zieht es automatisch zu dem, was er kennt und mit dem er eine positive Erinnerung verknüpft.

### These 4: Es gibt Grenzen der Offenheit an Volkshochschulen

Volkshochschulen sind von ihrem Grundverständnis und von ihrer Selbstverpflichtung her offen für alle Menschen, gleich welcher Herkunft, gleich welcher sozialen Schicht, gleich welcher Einkommensgruppe, für Menschen mit und ohne Behinderung. Sie sind damit auch offen für Menschen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Meinungen und Auffassungen. Dieser Anspruch knüpft an die Gründungsidee der Volkshochschulen vor 100 Jahren an: eine vorurteilsfreie Offenheit

und Lernfähigkeit Erwachsener, die Anschlussmöglichkeiten brauchen, um ihre individuellen Bildungsbiografien fortsetzen zu können. Zusammen lernen und sich begegnen. Das ist unschätzbar wertvoll, auch gesamtgesellschaftlich gesehen.

### These 2: VHS stärkt die Grundbildung der Gesellschaft

Volkshochschulen bemühen sich wie keine andere Weiterbildungseinrichtung um einen

Anhand von vier Thesen sollen die Besonderheit und den Wert von Volkshochschulen für unsere Gesellschaft erläutert werden. Daran anschließend werden vier Zukunftsfelder skizziert.

### These 1: Die VHS als „positiver“ Lernort verbindet Programmvielfalt und ganzheitliche Bildung mit Spaß am Lernen

Weiterbildung an Volkshochschulen umfasst in ihrer Ganzheitlichkeit mehrere Facet-



Foto: 123rf.com/© Cathy Yeulet

für alle Menschen. VHS sind Orte der Begegnung und des Dialogs, wo man lernt, sich in seiner Unterschiedlichkeit anzuerkennen und zu respektieren.

Die wachsende Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausländischen Wurzeln, vor allem die immense Anzahl der Deutschkurs-Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mit dem Höhepunkt in den Jahren 2016/2017, machen globale Zusammenhänge sichtbar und in vielen Kursen zum Thema.

Volkshochschulen sind weltoffen: Sie sind aufgrund ihrer gelebten Mehrsprachigkeit, mit ihren vielen ausländischen oder zugewanderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und auch Dozentinnen und Dozenten stark interkulturell geprägt.

Einer der herausforderndsten Themenbereiche der VHS ist der der „politischen Bildung“: die VHS als Ort der politischen Auseinandersetzung, des sich „Streitens“. Sie sind in seinem eigenen Meinungsspektrum, in seiner eigenen Meinungsblase und damit einer sozialen Echokammer zu bewegen, schwächt die demokratische Kultur und fördert Radikalisierung.

Wie gehen wir mit Äußerungen von Teilnehmenden und auch Kursleitenden um, die sich nicht mit den Werten der VHS vereinbaren lassen? Was muss man sozusagen „aushalten“ können und wann muss man einschreiten? Wo liegt die „rote Linie“ der Meinungsfreiheit? Wie weit geht unsere Toleranz, unsere Toleranz gegenüber einer „Offenheit“? Antidemokratische und rassistische Äußerungen sind inakzeptabel, egal von wem und führen zum Ausschluss von Bildungsveranstaltungen, im schlimmsten Falle zu Hausverbot.

Im Folgenden sollen vier Zukunftsfelder skizziert werden, die für die nächsten Jahre eine große Herausforderung für eine Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im Allgemeinen und der Volkshochschulen im Besonderen ausmachen:

### Zukunftsfeld 1: Bildungsübergänge nutzen und aktiv gestalten!

Bildungsübergänge von einer Schulform in die nächste, beispielsweise von der Schule zur Uni, von der Uni in das Berufsleben, verursachen oftmals Brüche. VHS könnte beispielsweise solche Bildungsübergänge nutzen, um junge Menschen auf die Lebenswirklichkeit nach der Schule vorzubereiten. Die erste eigene Wohnung, die erste Gehaltsabrechnung, was koche ich mir abends und vor allem so, dass es gesund und lecker zugleich ist? Bin ich

darauf vorbereitet, dass ich pro Semester zig Hausarbeiten, Seminararbeiten tippen muss und beherrsche ich schon die 10-Finger-Schreibtechnik. Auch „Rechts- und Verbraucherfragen, wie beispielsweise zum Thema „Meine Rechte und Pflichten als Mieter“, „Nebenkostenabrechnung“ oder „Arbeitsverträge“. Auch soziale, kommunikative und Alltagskompetenzen finden man im Angebot der Volkshochschulen. Warum nicht also ein spezielles Kursangebot für junge Menschen in ihrer Phase der beruflichen Orientierung konzipieren? Hierbei wird die Wichtigkeit einer guten Kooperation, Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Bildungsinstitutionen noch einmal sehr deutlich. Denn ich finde, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gelingende Bildungsbiographien zu ermöglichen.

### Zukunftsfeld 2: Demographie

Unsere Gesellschaft kennzeichnet sich durch drei Merkmale: Sie wird weniger, älter und bunter. Unsere Volkshochschulen sind lernende Organisation, d.h. sie passen sich verändernden Lebensbedingungen und neuen Anforderungen der Menschen an. Dies ist eine immer wiederkehrende Herausforderung und gerade angesichts der demographischen Entwicklung von enormer Bedeutung. D.h. konkret: Die VHS wird in Städten und Kommunen Weiterbildungsangebote entwickeln, kommunizieren und vermarkten, die den Herausforderungen des demographischen Wandels gerecht werden.

### These 3: Zukunftsfeld Digitalisierung

Dieses Zukunftsfeld beinhaltet zwei Aspekte: Auf der einen Seite geht es darum, die VHS didaktisch-methodisch weiterzuentwickeln und mit Einsatz und Unterstützung von neuen Medien zu lernen. Es geht für mich, und das betone ich ausdrücklich, nicht um ein Ersetzen von traditionellen und bewährten Lehrmethoden, sondern um eine Ergänzung, dann, wenn sie sinnvoll ist. VHS zeichnet sich durch die face-to-face-Kommunikation aus, durch eine intensive Dozent-Teilnehmer-Kommunikation, durch die Möglichkeit, direkt Rückfragen zu stellen.

Zum anderen impliziert das Zukunftsfeld Digitalisierung auch einen anderen Aspekt. Dadurch, dass die Digitalisierung alle Lebensbereiche durchdringt, wird Medienkompetenz zu einer entscheidenden Kulturtechnik. Die Kernidentität der Volkshochschule hat hohe Relevanz für die Herausforderungen der Digitalisierung: Weiterbildung für alle, in öffentlicher Verantwortung, für Teilhabechancen und Bildungsgerechtigkeit. Durch dieses Selbstver-

ständnis sind Volkshochschulen geradezu prädestiniert, einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Es geht darum, Medienkompetenz in einem umfassenden Sinne zu vermitteln. Dies geht über die technische Beherrschung von Geräten hinaus. Es geht um einen verantwortungsvollen Umgang mit modernen Medien. Es geht um eine kritische Bewertung von Informationen, um einen sensiblen Umgang mit Daten usw.

### Zukunftsfeld 4: Neu Wege der Ansprache

Die Volkshochschule der Zukunft muss sich nicht nur mit ihren Inhalten, sondern auch in ihrer Ansprache stärker an die Bedürfnisse der Teilnehmer anpassen. Bei Teilnehmer-Orientierung geht es mir um einen aktiven Einbezug der Lebensnähe, der Lebenswirklichkeit der Lernenden, ihren Erfahrungen und darum, sich an kommenden Lebenssituationen der Lernenden zu orientieren.

Bildungsstatistiken der vergangenen Jahre belegen, dass Angebote der Erwachsenenbildung bestimmte Milieus und Gruppen nur in unzureichendem Maße erreichen. Das wird auch in den regelmäßig erscheinenden Bildungsberichten des Regionalverbandes Saarbrücken aufgeführt. Es geht darum, die Distanzen und Barrieren, die etliche Menschen gegenüber Weiterbildungseinrichtungen haben, aktiv zu überbrücken, Nähe herzustellen zu den Sozialräumen, Lebenswelten und Milieus.

Die Volkshochschulen gelten heute als anerkannte, leistungsfähige und innovative Weiterbildungseinrichtung. Sie bringen Menschen zusammen und fördern ihre persönliche Teilhabe. ■



**Carolin Lehberger**  
Leiterin der VHS des Regionalverbandes Saarbrücken

Der Text ist Teil des Vortrages zum Jubiläumsjahr „100 Jahre Volkshochschulen in Deutschland“ in der Stiftung Demokratie Saarland am 2.9.2019. Der gesamte Vortrag kann auf dem Youtube-Kanal der Stiftung Demokratie angeschaut werden (<https://www.youtube.com/channel/UCrt0mIH59BOMeubd4zP4Vug>).

## Sprachkurs im Wandel der Zeit

Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache an der VHS Regionalverband Saarbrücken

### Ein kurzer Rückblick

Bis in die Mitte der 1980er Jahre war das Angebot der Volkshochschule im Bereich Deutsch als Fremdsprache ein Unterbereich des großen Programmschwerpunktes „Sprachen“ mit einem sehr überschaubaren Kursangebot. Im Wesentlichen bestand dies aus einigen Abendkursen und wenigen, intensiven Tageskursen, die mit der damals üblichen groben Einteilung als „Anfängerkurse“, „Mittel- bzw. Oberstufenkurse“ bezeichnet wurden, ohne dass diesen Einteilungen objektivere Kriterien zu Grunde lagen als subjektive Einschätzungen oder die Zahl der zuvor absolvierten Unterrichtsstunden.

Es war die Zeit, da man in der Bundesrepublik noch von „Gastarbeitern“ sprach, auch als schon längst absehbar war, dass die meisten „Gastarbeiter“ eben nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Der große politische Konsens jener Jahre war, man sei kein Einwanderungsland, man wolle auch keines werden und an unserem Staatsbürgerschaftsrecht mit seinem Abstammungsprinzip werde deshalb auch nichts geändert. Folgerichtig beschränkte sich die Politik darauf, nur für die „ausländischen Arbeitnehmer“ (und ihre Familienangehörigen), die entweder aus der EU oder einem Staat stammten, mit dem die Bundesrepublik entsprechende bilaterale Verträge geschlossen hatte, eine staatliche Förderung von Deutschsprachkursen vorzusehen. Einem eingetragenen Verein, dem „Sprachverband“, wurde die Aufgabe übertragen, das Kursangebot der Träger zu überwachen und die Zuschüsse, die für die Teilnehmenden ca. 50 Prozent der Kurskosten abdeckten, auszuführen. Ein unflexibles, in hohem Maße bürokratisches System, das in der Praxis zu Absurditäten führte. Ein Arbeitnehmer aus Marokko konnte gefördert werden, einer aus Algerien nicht, da kein „Arbeitnehmerüberlassungsvertrag“ mit diesem Staat bestand.

Die Situation änderte sich grundlegend nach 1990 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Öffnung der Länder des ehemaligen Warschauer Vertrages. Es kamen nicht nur Hunderttausende von sog. „Russlanddeutschen“, sondern auch deutschstämmige Migranten aus Polen und Rumänien sowie eine große Zahl von jüdischen Kontingentflüchtlingen. Viele dieser Menschen benötigten Sprachkurse, da häufig – besonders bei jüngeren Familienangehörigen – Deutschkenntnisse kaum oder gar nicht vor-



Foto: fotolia.de/©Frank Gärtner

handen waren. In den Folgejahren führte die VHS weit mehr als hundert „Aussiedlerkurse“ durch, die von Politik dieses Mal so finanziell unterstützt wurden, dass für die Teilnehmenden im Regelfall keine Zuzahlung erforderlich wurde. Wenn ausreichende Sprachkenntnisse der „Schlüssel“ sind – wie die gern benutzte Floskel lautet – genauer: die absolut notwendige Bedingung für eine gelingende Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt, dann haben die „Aussiedlerkurse“ der VHS hierzu eine wichtige Rolle gespielt.

Der Paradigmenwechsel der Methodik und Didaktik des Fremdsprachenunterrichtes – weg vom grammatikzentrierten, traditionellen Unterricht mit dem Schwerpunkt Übersetzen, über die Phase der audiolingualen Experimente hin zum kommunikativ-pragmatischen Ansatz, in dem das Erreichen eines kommunikativen Ziels Priorität hat – führte in der Erwachsenenbildung, schneller als in anderen Bereichen, zu weitreichenden und nachhaltigen Konsequenzen. Erwachsene, die einen Sprachkurs besuchen und (meistens) Geld dafür zahlen, verbinden damit einen ideellen und/oder praktischen Nutzen: Kultur und Gesellschaft des Zielsprachenlandes besser und gründlicher kennenzulernen oder die eigenen beruflichen Möglichkeiten und Perspektiven verbessern zu wollen – um nur zwei wichtige Motivationen zu nennen. Diejenigen, die in Deutschland Deutsch lernen oder weiterlernen und auf längere Sicht im Land bleiben, tun dies in der weit überwiegenden Zahl der Fälle, um konkrete Ziele zu verwirklichen: ein Studium oder eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen, einen Beruf ergreifen oder fehlende sprachliche Kompetenzen bei bereits bestehender Berufstätigkeit ausgleichen.

Bereits Anfang bis Mitte der 80er Jahre haben die großen Verlage mit ihren Kursbüchern diese „pragmatische Wende“ nachvollzogen. Inhalte, Sprechanlässe und Kommunikationssituationen wurden lebensnäher, das Einüben und Festigen morphologischer und syntaktischer Strukturen nicht mehr anhand von isolierten Drillübungen durchexerziert, sondern in konkreten kommunikativen Situationen verankert.

Parallel zu dieser Entwicklung wurde das Problem qualitativ hochwertiger, anerkannter Prüfungsabschlüsse vor allem im Bereich Deutsch als Fremdsprache immer dringlicher. Kursteilnehmende wollten ihren Lernerfolg anerkannt und getestet sehen, Institutionen der unterschiedlichsten Art sich nicht mehr mit „pi – mal – Daumen“ – (Selbst) – Qualifizierungen wie „gute Sprachkenntnisse“ oder „fließend in Wort und Schrift“ begnügen. Es dauerte einige Jahre, bis schließlich ein erstes Prüfungsformat entwickelt und eingesetzt werden konnte. Das „Zertifikat Deutsch als Fremdsprache“ – eine gemeinsame Entwicklung des Goethe-Institutes und einer Tochter des Deutschen Volkshochschulverbandes – testete Sprachkenntnisse, die ein zwar einfaches, aber weitgehend selbständiges und wirkungsvolles Handeln in den rezeptiven Fertigkeiten „Lesen und Hören“ und in den produktiven Fertigkeiten „Schreiben und Sprechen“ ermöglichen sollen. Das Zertifikat wurde im Lauf der Jahre zu einem „Renner“, die Prüfungszahlen gingen in die Hunderttausende, die Akzeptanz bei staatlichen und nicht-staatlichen Stellen stieg. Allerdings nicht bei allen Kollegen und Kolleginnen aus der Erwachsenenbildung; die Widerstände waren anfangs hoch, man befürchtete eine „Verschulung“ der Volkshochschulen, eine „Verzweckung“

Ich will's  
Wissen!

Martina, 57 Jahre,  
besucht unsere Sprachkurse.

PROGRAMM HERBST | WINTER 2019:

## Bildungszeit für mich

- Kurse für über 20 Sprachen
- Kochen und Degustation
- Kultur, Kunst und Kreatives Gestalten
- Literatur, Philosophie
- Bewegung, Entspannung, Tanzen
- Computer, Beruf, Fotografie
- ... und vieles mehr.

[www.vhs-saarbruecken.de](http://www.vhs-saarbruecken.de)

**vhs**  
Volkshochschule  
Regionalverband Saarbrücken

**REGIONALVERBAND  
SAARBRÜCKEN**

**GEW**

des Bildungsauftrages. Diese Argumente sind nicht ganz verschwunden, jedoch in den letzten Jahren deutlich leiser geworden, auch wegen der Entwicklung, auf die ich im Folgenden kurz eingehen möchte.

**Der GER**

Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Der „Gemeinsame Europäische Referenzrahmen“ ist die entscheidende sprachpolitische, organisatorische und methodisch-didaktische Weichenstellung, die heute fast alle Aspekte des Fremdsprachenlernens – zunehmend auch außerhalb des Bereiches der Erwachsenenbildung – nicht nur beeinflusst hat, sondern prägt. Ein Kind des „pragmatisch-kommunikativen Ansatzes“, 2001 vom Europarat verabschiedet, ist er die Basis für die Entwicklung von Lehrplänen, curricularen Richtlinien, Prüfungen und Lehrwerken in ganz Europa. Er beschreibt umfassend, welche Kenntnisse und Fertigkeiten Sprachlernende entwickeln müssen, um in der Lage zu sein, in bestimmten Situationen kommunikativ erfolgreich handeln zu können. Dafür definiert der Referenzrahmen die Kompetenzniveaus A1 bis C2, die sich heute als Standards in Europa weitestgehend durchgesetzt haben. Der GER strukturiert unsere Lehrpläne, er macht die Einteilung der verschiedenen Kursstufen je nach Kompetenzniveau nachvollziehbar und transparent, alle in Deutschland gängigen Lehrwerke beziehen sich auf den GER und alle unsere Prüfungsangebote führen in ihrem Titel (oder Untertitel) immer die Niveaustufe, die erreicht werden kann. Zum ersten Mal sind somit Prüfungen der unterschiedlichen Sprachen miteinander vergleichbar, denn sie sind den gleichen Standards verpflichtet.

Ein Riesenfortschritt im Vergleich zu dem „Wildwuchs“ vor dem GER. Jeder strickte an seinen eigenen Inhalten, die Beurteilungskriterien waren oft vage bis nichtssagend, die Auswahl der Prüfungsaufgaben nicht transparent; kein Wunder, dass damals etliche Prüfungen eher vom Nimbus der ausgebenden Institution lebten als von nachvollziehbaren Kriterien der Validität und Reliabilität. Das hat sich, wie gesagt, grundlegend und irreversibel geändert, auch mit Auswirkungen auf die Bedeutung der Schulnoten. Einem französischen Abiturienten, der an einer deutschen Hochschule studieren möchte, wird auch eine gute Note im Fach Deutsch nicht weiterhelfen, denn die Universitäten verlangen in der Regel einen Sprachnachweis nach den Standards des GER oder den verpflichtenden Besuch eines Studienkollegs. (Gleiches gilt in der Regel für einen deutschen Abiturienten, der an einer französischen Hochschule studieren möchte).

Da die VHS des Regionalverbandes bereits 2002 das gesamte Deutsch-Programm auf

den GER umgestellt hatte, konnte die Nachfrage nach den unterschiedlichen Prüfungen (von A1 bis C2) sehr zeitnah nach Freigabe der Formate befriedigt werden. So haben wir nicht nur alle Prüfungen des Goethe-Institutes im Angebot, sondern auch die Versionen der telc gGmbH mit einem starken Schwerpunkt an berufsorientierten Abschlüssen, sowie den TESTDAF für Studienbewerber.

**Integrationskurse**

Der Abschied von der Illusion, Deutschland sei kein Einwanderungsland, war zäh und langwierig. Erst ermöglicht durch die vorangegangenen Gesetzesänderungen konnten ab 2005 erstmals bundesweit sogenannte „Integrationskurse“ (in Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge) stattfinden, die nicht mehr nur bestimmten Migrantengruppen vorbehalten waren („ausländische Arbeitnehmer“, „Aussiedler“, „Kontingentflüchtlinge“), sondern prinzipiell allen offen standen, die ein auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht besaßen. Asylsuchende waren somit jedoch von der Teilnahme ausgeschlossen, eine Regelung, die erst vor einigen Wochen geändert wurde.

Die Integrationskurse umfassen einen Basiskurs mit 300 UE, einen Aufbaukurs mit ebenfalls 300 UE sowie einen Orientierungskurs (100 UE) zu Geschichte, Politik und Kultur Deutschlands. Am Ende des Kurses steht die Prüfung „Deutsch Test für Zuwanderer“ (DTZ, skalierte Prüfung A2/B1) und ein zentraler Test zum Orientierungskurs. Wenn Teilnehmende das Kursziel B1 nicht erreichen, besteht die Möglichkeit, den Aufbaukurs zu wiederholen. (Für Teilnehmende mit Alphabetisierungsbedarf bestehen gesonderte Regelungen).

So notwendig und überfällig es war, Integrationskurse zu schaffen, so lange hat es wiederum gedauert, bis der Gesetzgeber erkannte, dass mit einem abgeschlossenen Integrationskurs der Sprachstand B1 für die allermeisten Beschäftigungen, Berufe und Ausbildungen keine ausreichende Grundlage bildet. Erst vor wenigen Jahren hat man deshalb das Angebot erweitert und die Möglichkeit geschaffen, dass nach dem Integrationskurs weiterführende, berufsorientierte Sprachkurse mit den Zielniveaus B2 und C1 belegt werden können.

Integrationskurse und berufsorientierte Sprachkurse bilden die beiden Säulen unseres Fachbereiches „Integration“ (bisher wurden 150 Integrationskurse durchgeführt und 40 berufsorientierte Kurse). Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass wir von Anfang an, die Forderung der Dozentinnen und Dozenten, die

auf Honorarbasis arbeiten, nach einer anständigen und leistungsgerechten Bezahlung unterstützt haben. Der Honorarsatz liegt z.Zt. bei 36 Euro pro UE.

**Deutsch ab 3**

Es ist eine Binsenwahrheit: Je früher mit dem Fremdsprachenlernen begonnen wird, umso schneller und nachhaltiger stellen sich Erfolge ein. Je später Grundlagen der Zielsprache Deutsch erworben werden, desto wahrscheinlicher sind Probleme in der Grundschule und den weiterführenden Schulen. In Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Saarbrücken haben wir deshalb ein Projekt ins Leben gerufen, das gezielten Deutsch-Förderunterricht in z.Zt. 16 Kitas für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren in Kleingruppen durchführt. Ergänzt wird dieses Projekt durch sogenannte „Mama-Kurse“, d.h. Deutschlernangebote für Mütter in den Kitas ihrer Kinder. Oft haben die Frauen keine andere Möglichkeit zu lernen oder einen Kurs zu besuchen und die Kitas ihrer Kinder sind ihnen als Lernort bestens vertraut.

**Ausblicke**

Im Bereich „Integration“ wird der Fokus stärker auf die berufsorientierten Sprachkurse gerichtet sein; im Hinblick auf den „Fachkräftemangel“ in vielen Berufsfeldern eine notwendige Schwerpunktbildung, ohne jedoch die „klassischen“ Integrationskurse zu vernachlässigen. „Deutsch ab 3“ ist sehr erfolgreich – und das mit sehr überschaubarem Mitteleinsatz, eine auf längere Sicht angelegte Finanzierung ist unumgänglich.

Die Digitalisierung hat längst den Sprachunterricht an Volkshochschulen erreicht. Der Zugriff auf digitalisierte Materialien und Inhalte, „blended learning“ u.a., kann jedoch nur erfolgen, wenn die technische Ausstattung es ermöglicht. Hier sind in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen worden, vieles jedoch bleibt noch zu tun. Einige Entwicklungen warten nicht, bis wir aufgeschlossen haben. So wird das Goethe-Institut beispielsweise alle Prüfungen sukzessive auf digitale Formate umstellen: die klassische „pencil-Prüfung“ wird in einigen Jahren ein Auslaufmodell sein. ■

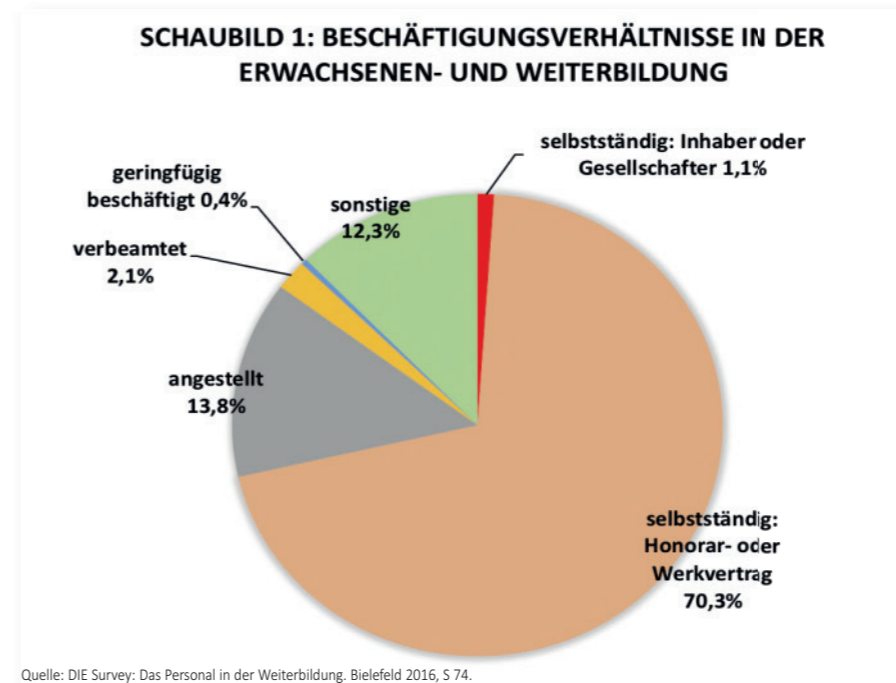
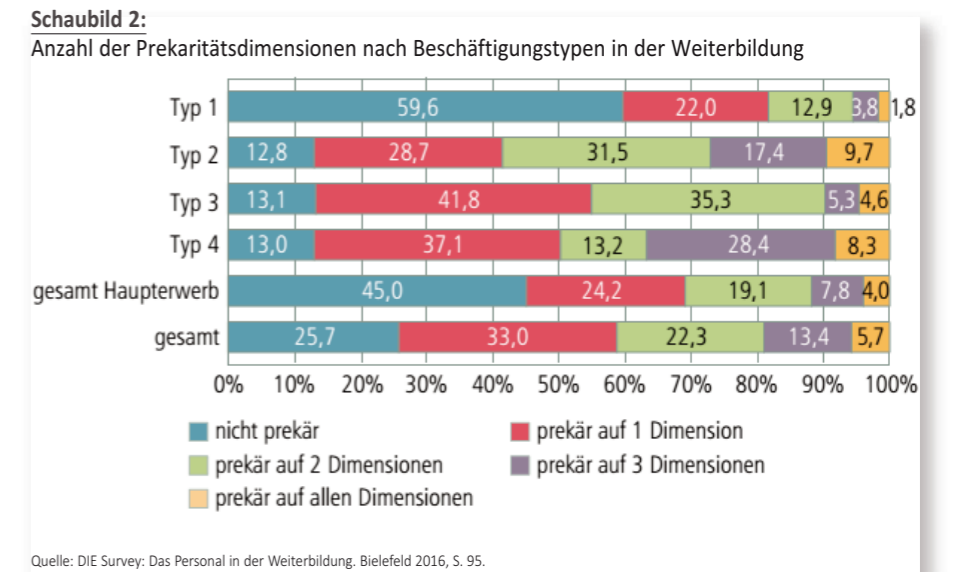


Heiner Zietz  
VHS Saarbrücken

# Prekäre Beschäftigung

Prekäre Beschäftigung in der öffentlich finanzierten Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung der Volkshochschulen

Die bislang umfangreichste repräsentative Erhebung, die speziell dem Personal in der Weiterbildung einschließlich der beruflichen und sozialen Situation der Beschäftigten gewidmet ist, haben das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE), das Bundesinstitut für Berufsbildung und das Fachgebiet Wirtschaftspädagogik/Berufliche Aus- und Weiterbildung der Universität Duisburg-Essen mit dem wb-personalmonitor im Jahr 2016 veröffentlicht. Der Personalmonitor legt Daten zur Qualifikation, Beschäftigungssituation und den Arbeitsbedingungen der Weiterbildner\*innen einschließlich einer Bewertung der Befragten offen. Folgt man den Daten des Personalmonitors, so sind gut 70 Prozent der fast 700.000 Beschäftigten in der Weiterbildung Solo-Selbstständige, knapp 14 % hingegen angestellt und gerade einmal gut 2 % beamtet, so der im Schaubild 1 dargestellte Befund des wb-personalmonitors.



Der wb-personalmonitor beschreibt die hohe Anzahl der Honorar- und Werkverträge als Ausdruck der traditionellen Arbeitsformen und der Trennung zwischen freiberuflich organisierten Lehraufgaben und den im Anstellungsverhältnis ausgeübten planenden und organisierenden Tätigkeiten in der Weiterbildungsbranche. Zu den einen Anteil von gut 12 % bildenden sonstigen Beschäftigungsverhältnissen gehören vor allem die ehrenamtlichen Beschäftigungsverhältnisse, die in der

Weiterbildung einen nicht zu vernachlässigenden Bereich darstellen, so der wb-personalmonitor.

Zur Beurteilung der Prekarität der Beschäftigung zieht der Personalmonitor objektive Kriterien – in den vier Dimensionen Einkommen, Beschäftigungsstabilität, Beschäftigungsfähigkeit sowie soziale Absicherung – heran und ordnet die Beschäftigten vier verschiedenen Typen zu (s. Schaubild 2):

**Typ 1:** Angestellte, Beamte und Inhaber von Weiterbildungseinrichtungen, für die die Beschäftigung in der Weiterbildung den Haupterwerb darstellt;

**Typ 2:** hauptberuflich Selbstständige auf der Basis von Werk- und Honorarverträgen und solo-selbstständige Inhaber, für die die Beschäftigung in der Weiterbildung den Haupterwerb darstellt;

**Typ 3:** nebenberufliche Weiterbildner auf Basis unterschiedlicher Vertragsarten, die außerhalb der Weiterbildung einen Hauptberuf ausüben;

**Typ 4:** Weiterbildner, die außerhalb der Weiterbildung keinen Beruf ausüben und den Hauptteil ihrer Einnahmen nicht aus der Weiterbildung, sondern aus anderen Quellen beziehen (Nebenerwerb ohne Hauptberuf).

Das Schaubild 2 verdeutlicht, dass gerade einmal 45 Prozent der haupterwerblich in der Weiterbildung Beschäftigten als nicht prekär einzustufen sind. M.a.W.: 55 Prozent der „Haupterwerbler/innen“ in der Weiterbildung sind in mindestens einem der o.g. vier Kriterien als prekär einzustufen. Bei den Beschäftigten der Typen 2 bis 4 beträgt dieser Anteil sogar jeweils mindestens 85 %!

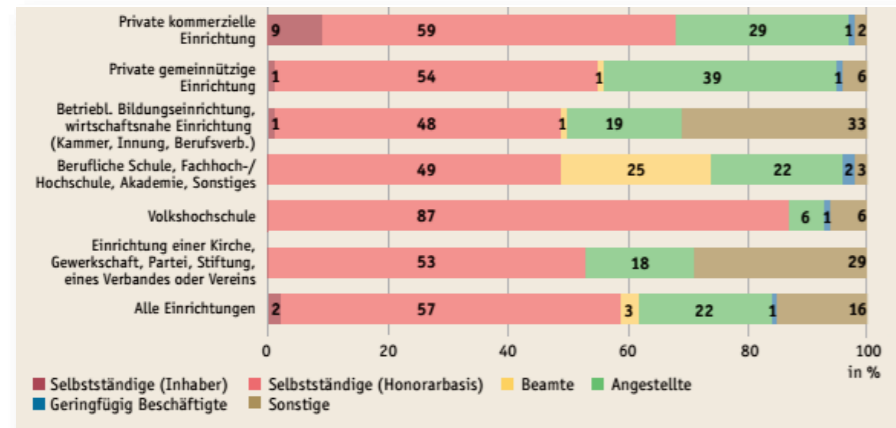
Während der Anteil der Solo-Selbstständigen im Durchschnitt aller Einrichtungen 70 % beträgt, liegt er bei den Volkshochschulen

sogar bei 87 %, wie das Schaubild 3 eindrücklich belegt.

Bildung gebraucht? In: Hessische Blätter für Volksbildung 4/2018, S. 367.)

Schaubild 3:

Personal in der Weiterbildung 2014 nach Einrichtungstyp und Beschäftigungsverhältnis (in %)



Quelle: Bildungsbericht 2016

Dass die öffentlich finanzierte Weiterbildung enorm unterausgestattet ist, hat die GEW immer wieder mit anerkannten Berechnungen (GEW (Hg.): Schwarzbuch Beschäftigung in der Weiterbildung. Frankfurt/M. 2009; GEW (Hg.): Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer. Frankfurt/M. 2014) nicht nur nachgewiesen, sondern auch mit konkreten Alternativen verbunden. Die Folgen der mangelnden Finanzierung liegen auf der Hand: So nimmt die Anzahl des hauptberuflichen pädagogischen Personals an den Volkshochschulen ab, während der Angebotsumfang ausgeweitet wird; Burnout und zunehmende psychische und allgemeine Erkrankungen sind die bekannten Folgen dieser Arbeitsverdichtung. Die Honorare der soloselbständigen Lehrkräfte sind überwiegend zu niedrig und oft nicht leistungs- und qualifikationsangemessen. Festangestellte machen nur einen Anteil von 6 % an den Beschäftigten aus. Zudem ist jede vierte dieser Stellen befristet. Vergütung und Eingruppierung des hauptberuflichen pädagogischen Personals lassen eine Tendenz der Abwertung erkennen.

Unbestritten profitieren die Kursteilnehmenden der Volkshochschulen von den vielen nebenberuflichen Honorarkräften, die ihre Expertise aus ihren Berufserfahrungen mitbringen. Anders liegt der Fall bei dauerhaft vorgehaltenen Kursen und solchen, die einen staatlichen Auftrag erfüllen, wie den Schulabschlusskursen, den Integrationskursen und den Grundbildungskursen, deren Lehrkräfte von dem Entgelt ihren Unterhalt bestreiten müssen. Für Honorarverhältnisse gibt es hier keine Rechtfertigung. (vgl. Klinger, Ansgar: Wo und unter welchen Voraussetzungen werden Volkshochschulen als Vermittler beruflicher

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW hat bereits im Mai 2016 den folgenden Beschluss „Gute Arbeit in der Weiterbildung – Strategien im Umgang mit „Freier Mitarbeit““ gefasst, der mit dem Mindestlohtarifvertrag für die Weiterbildung im April 2019 aktualisiert wurde:

i) Die sogenannte „Freie Mitarbeit“ in der Weiterbildung ist in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen, wenn sie überwiegend dem Lebensunterhalt der „Honorarkraft“ dient.

ii) In den Fällen, in denen i) nicht sinnvoll oder aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, ist ein Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Personen anzustreben. Dies setzt einen entsprechenden Organisationsgrad der Betroffenen voraus.

iii) Solange und soweit es Honorartätigkeit gibt, muss sie mit Honorarsätzen vergütet werden, die einer vergleichbaren Lehrkraft in tariflicher Anstellung entsprechen. Als untere Grenze gilt ein Honorarsatz, der sich nach dem Mindestlohtarifvertrag für die Weiterbildung, Gruppe 2, ergibt, das sind aktuell ca. 38,- € pro Unterrichtsstunde. ■



**Ansgar Klinger**  
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

ANZEIGE



World Vision  
Zukunft für Kinder!

**DAS SCHÖNSTE GESCHENK FÜR KINDER: EINE ZUKUNFT.**

Das ist die **KRAFT** der Patenschaft.

Jetzt Pate werden:  
worldvision.de

# Der Störenfried und die Demokratie

Über Trainingsraum- und Pappwandpädagogik

**Bildungsideale und Unterrichtsalltag**  
„Der Durst nach Wissen ist jedem Menschen angeboren, die Fähigkeiten sind gleichmäßig unter den Menschen verteilt. Nicht alle haben gleiche Anlagen, aber bei allen ist die Durchschnittssumme der Anlagen gleich, und von den Verhältnissen hängt es ab, ob und wie die Anlagen und welche Anlagen entwickelt werden.“

Diese Worte Wilhelm Liebknechts, die er 1872 in seinem berühmten Vortrag „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ geäußert hat, fassen die Grundüberzeugung aller engagierten Pädagog\*innen schlüssig zusammen. Aus ihnen lassen sich unmittelbar der kompensatorische Auftrag der Schule und die Forderung nach einer Stärkung der Inklusion ableiten. Allerdings stellt sich das in der Praxis leider oft schwieriger dar, als es sich in der Theorie anhört.

Liebknecht mag Recht haben mit seiner Behauptung, dass „der Durst nach Wissen (...) jedem Menschen angeboren“ sei. Die Kinder kommen aber nun einmal nicht als Neugeborene in die Schule. Schon bei der Einschulung können ihr Wissensdurst, ihre Neugierde, ihre Lust am Lernen durch beengte Wohnverhältnisse, unausgewogene Ernährung oder bildungsferne Eltern stark eingeschränkt sein. Ganz zu schweigen von möglichen Gewalterfahrungen oder traumatisierenden Erlebnissen, wie sie etwa viele Flüchtlingskinder durchleiden mussten.

In unseren großen Klassen, die meist nach dem Jahrgangsprinzip organisiert sind, kann das sehr schnell zu einer doppelten Überforderungssituation führen: einer Überforderung der Kinder, die mit der Lerngeschwindigkeit der in behüteten Verhältnissen aufgewachsenen Mitlernenden nicht Schritt halten können – und zu einer Überforderung der Lehrkräfte, die weder die Zeit noch die Ressourcen haben, auf die Probleme jedes einzelnen Kindes einzugehen. Die Folge: Die entsprechenden Kinder bleiben im gleichschrittig organisierten Unterricht immer weiter zurück, sie fühlen sich ausgeschlossen und reagieren mit Lernunlust, Schulverweigerung oder Verhaltensauffälligkeiten.

Im gleichschrittigen, outputorientierten Unterricht sind Verhaltensauffälligkeiten nun aber nichts anderes als eine Störung des reibungslosen Unterrichtsablaufs. So erscheint es naheliegend, auf die Störung wie bei einem Wasserrohrbruch zu reagieren: Man ortet die schadhafte Stelle und dichtet sie ab, sprich: bringt den Störenfried zum Schweigen.

**Rote Karten gegen Verhaltensauffälligkeiten**

Ein Beispiel für eine solche Vorgehensweise ist das aus Phoenix (Arizona) stammende „Trainingsraumkonzept“. Dabei wird Lernen, die den Unterricht stören, in einem dreistufigen Warnsystem erst eine gelbe, dann eine orangene und schließlich, bei fortgesetztem Störverhalten, eine rote Karte gezeigt. Diese hat zur Folge, dass die Ruhestörer in einem isolierten „Trainingsraum“ (manchmal auch in einer Nachbarklasse) einen „Rückkehrplan“ erarbeiten müssen, in dem sie ihr

Pappwand im Klassenraum, hinter der die betreffenden Kinder und Jugendlichen im Falle von Fehlverhalten Platz nehmen müssen. Hinzu kommen öffentliche Sanktionen bei anderen Regelverstößen – etwa ein kritischer Vermerk in einer in der Klasse aushängenden Feedbackliste, wenn die geforderten Arbeitsutensilien nicht vollständig zum Unterricht mitgebracht werden. Die eingeforderte uneingeschränkte Konzentration auf den Unterricht hat in manchen Fällen auch ein striktes Toilettenverbot während der Unterrichtszeit zur Folge.



Verhalten kritisch hinterfragen und Wege zu ihrer Wiedereingliederung in die Klassengemeinschaft aufzeigen. Weigern sie sich, diesen Forderungen nachzukommen, werden sie vorübergehend von der Schule verwiesen und erst nach einem Gespräch in Anwesenheit der Eltern wieder in die Klasse aufgenommen.

Auch die von Thomas Grüner und Franz Hilt entwickelte „Konflikt-Kultur“ setzt auf ein System von Verhaltensregeln, das durch Ermahnungen und ggf. darauf folgende Konsequenzen für die Störenfriede durchgesetzt werden soll. Dies drückt sich bereits im Titel des Programms aus: „Bei STOPP ist Schluss!“. An die Stelle eines „Trainingsraums“ tritt hier eine

Gemeinsam ist beiden Programmen, dass sie an die Stelle einer systemischen Ursachenforschung eine rein symptomatische Vorgehensweise setzen. Die Störung des Unterrichtsablaufs soll abgestellt werden. Welche tiefer liegenden Ursachen sie hat, spielt keine Rolle. Damit folgen beide Konzepte auch einer radikalen Individualisierungsstrategie. Schuld ist allein der Störenfried selbst, ihn müssen folglich auch die Sanktionen treffen. Anders als im Strafrecht ist der Gedanke mildernder Umstände den Programmen fremd.

Hinzu kommt, dass unter der Unterordnung aller Bedürfnisse unter den störungsfreien Ablauf des Unterrichts alle Kinder – nicht nur

die potenziellen Störenfriede – leiden. In einer NDR-Dokumentation zu dem Thema (vgl. Fuchs 2013) ist etwa von Kindern die Rede, die aus Angst vor dem Toilettenverbot kein Getränk mehr in die Schule mitnehmen wollten. Auch habe sich, so betroffene Eltern, infolge des Drucks in Richtung auf normgerechtes Verhalten eine Atmosphäre der Angst in den Klassen verbreitet. Dies habe sogar zu einer Einschränkung hilfsbereiten Verhaltens geführt, weil die Kinder befürchten mussten, bei Hilfestellung für einen Normverletzer in Mithaftung genommen zu werden. Insgesamt fördert das Programm also die blinde, angstbesetzte Unterordnung unter Autoritäten, anstatt die Heranwachsenden zu den viel beschworenen „mündigen Bürgern“ heranzubilden.

#### Klassenpranger und Sonderbeschulung

Birgit Herz und Sven Heuer von der Leibniz-Universität Hannover werfen den Initiatoren des Programms vor diesem Hintergrund vor, sie würden „emotionale Gewalt“ ausüben. Ihre „Pädagogik der Beschämung“ verstoße gegen das „Recht auf eine gewaltfreie Erziehung“, das Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit dem Jahr 2000 gesetzlich zugesichert sei – ein Recht, das nicht nur „körperliche Bestrafungen“, sondern auch „seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen“ ausschließe (vgl. Herz/Heuer 2014: 248).

So fördert das Programm von Grüner und Hilt bei den Lernenden dieselbe Empfindung, wie sie auch von Heranwachsenden an der Förderschule Lernen immer wieder beschrieben worden ist: ein aus dem Eindruck absoluter Minderwertigkeit reduzierendes Schamgefühl (vgl. u.a. Schumann 2007). Mit der zeitweiligen Separierung einzelner Lernender von der Gruppe und dem An-den-Pranger-Stellen von Regelbrechern setzt das Konzept denn auch exklusive Methoden innerhalb eines der Idee nach inklusiven Settings um.

Hierzu passt, dass Grüner/Hilt sich ausdrücklich zur Notwendigkeit von Sonderschulen bekennen: „Genauso wie eine Gesellschaft ihren ‚kranken‘ Mitgliedern eine Krankenrolle anbietet, die mit besonderen Privilegien ausgestattet ist, sollten Schulen ihren ‚kranken‘ Schülern einen Sonderstatus geben“ (Grüner/Hilt 2008:77 f.).

Für manche Schüler sei die „normale“ Schule eben „kein guter, heilsamer und hilfreicher Ort“, weil sie, so die Autoren weiter, „nicht über die notwendigen bio-psycho-sozialen Voraussetzung für soziales Verhalten“ verfügten (ebd.). Damit wären wir hier wieder bei Heinrich Stötzner angelangt, dem Begründer

der guten, alten Hilfsschule. Schon dieser hatte 1864 seine Forderung nach einer Einrichtung von „Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder“ mit deren angeblicher Überforderung in der Regelschule begründet. Sie seien "die Letzten in der Klasse", und man könne von ihnen auch nicht verlangen, mehr zu erreichen. Täte man dies dennoch, so wäre dies, als tadelte man "einen Lahmen (...), weil er beim Wettlauf so weit hinter denen, die gesunde Beine besitzen, zurückbleibt" (Stötzner 1864: 35 f.).

In beiden Fällen spricht die Argumentation den Kindern aufgrund einer angeblich unänderlichen genetischen Minderausstattung oder gar Soziopathie die Befähigung zur Teilnahme am regulären Unterricht ab. In einem zweiten Schritt wird dann Mitleid mit den armen Doofen geheuchelt, die unter ihresgleichen angeblich besser aufgehoben wären.

Vor diesem Hintergrund erhält die gezielte Beschämung von Kindern, wie sie in dem Modell von Grüner/Hilt praktiziert wird, fast schon etwas Erpresserisches. Den Kindern wird die Teilhabe an der Regelschule schlicht so unerträglich gemacht, dass ihnen die Flucht ins soziale Abseits der Sonderschule als schmerzlosere Variante erscheint.

#### Die demokratische Schule: eine Utopie?

Eine demokratische Gesellschaft braucht demokratische Schulen. Diese zeichnen sich zunächst einmal dadurch aus, dass sie die gesellschaftliche Chancengleichheit auf der Ebene der Heranwachsenden verwirklichen. Dies bedeutet, dass sie, im Sinne Wilhelm Liebknechts, davon ausgehen, dass nicht alle Kinder „gleiche Anlagen“ haben, aber „bei allen (...) die Durchschnittssumme der Anlagen gleich“ ist.

Alle sind verschieden, aber alle verfügen auch über ein je eigenes geistiges Potenzial. Dieses nach Kräften zu fördern, Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Kind sich bestmöglich entfalten kann, ist die Kernaufgabe der Schule.

Dies bedeutet nicht, dass es unter solchen Bedingungen keine Regeln für das gemeinsame Lernen gibt und Unterrichtsstörungen klaglos akzeptiert werden müssen. Nur wird hiermit von Anfang anders umgegangen:

**1.** Regeln werden gemeinsam mit den Lernenden besprochen und entwickelt. Auch über Regelverletzungen wird, soweit erforderlich, gemeinsam diskutiert.

**2.** Bei Regelverstößen ist die erste Frage nicht: Welche Sanktionen sind zu ergreifen? Son-



dern: Unter was für Problemen leidest du? Wie können wir dir helfen?

**3.** Vorrangiges Ziel ist es, den Unterricht so zu gestalten, dass es möglichst wenig Anlässe für Regelverstöße gibt.

Um das letztgenannte Ziel zu erreichen, müssen die Lernprozesse so differenzierend und individualisierend wie möglich organisiert werden. Dies bedeutet konkret:

**1.** Abrückung vom gleichschrittigen Lernen und Bevorzugung jahrgangsübergreifender Gruppen, in denen die Kinder stärker nach ihrem eigenen Tempo lernen können;

**2.** Nutzung von Methoden wie Wochenplan-, Portfolio- oder Projektarbeit, die es den Kindern ermöglichen, eigene Schwerpunkte bei ihrer geistigen Arbeit zu setzen und sich diese selbständig einzuteilen;

**3.** Verbindung der Unterrichtsinhalte durch fächerübergreifenden Unterricht, in dem die Fragestellungen einzelner Fächer durch größere Themenkomplexe miteinander verbunden sind und so das Interesse an den Lerngegenständen gestärkt wird;

**4.** Rhythmisierung des Unterrichts durch Abwechslung zwischen reinen Lernstoffen,

der Erarbeitung komplexerer Inhalte und kreativem Arbeiten, jeweils unterbrochen von kurzen Freiräumen für das körperliche „Ausagieren“;

**5.** Verzicht auf Leistungsmessung nach dem Konkurrenzprinzip, stattdessen Rückmeldung über die individuellen Lernfortschritte;

**6.** Nutzung von Synergieeffekten durch die Arbeit in multiprofessionellen Teams, d.h. enge Zusammenarbeit zwischen Regelschullehrkräften, Förderlehrkräften, Eingliederungshelfer\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen, Jugendamt und schulpsychologischem Dienst.

Die saarländischen Schulgesetze lassen heute zwar vieles von dem, was noch vor ein paar Jahren als utopisch gegolten hätte, zu. Dennoch müssen sich auch die schulorganisatorischen Rahmenbedingungen verbessern, wenn die oben genannten Vorschläge erfolgreich umgesetzt werden sollen. Notwendig sind insbesondere:

**1.** eine deutliche Absenkung der Unterrichtsverpflichtung, um Zeit für Schulentwicklung, schulinterne Fortbildung und Einzelgespräche mit Lernenden und Eltern zu schaffen;

**2.** eine spürbare Verkleinerung der Lerngruppen, um individualisierenden und differenzierenden Unterricht zu erleichtern;

**3.** eine verlässliche Bereitstellung des für die Arbeit in multiprofessionellen Teams nötigen Personals;

**4.** eine Professionalisierung der Eingliederungshilfe, in Verbindung mit einer entsprechenden Verbesserung von Anstellungsverhältnis und Bezahlung;

**5.** eine Ausrichtung der Lehreraus- und -fortbildung an heterogenen Lerngruppen.

Keiner der oben genannten Vorschläge zu einer schülerzentrierten Umorientierung der pädagogischen Arbeit ist neu oder revolutionär. Die Literatur dazu füllt ganze Bücherschränke. Auch gibt es mittlerweile etliche Schulen, die die Lernprozesse in der beschriebenen Weise umorganisiert haben. Der Tenor ist immer der gleiche: Am Anfang war es harte Arbeit, danach war es für alle – auch für die Lehrkräfte – entspannter, weil mehr Zeit da war, um auf die individuellen Bedürfnisse der

Lernenden einzugehen. Das Verhältnis zu den Eltern wird mit der Zeit ebenfalls konfliktfreier, weil man sich bei den diversen Schulfesten und Schülerpräsentationen zwangloser begegnen kann als auf den klassischen Elternabenden.

Auch im Saarland haben mittlerweile einige Schulen (etwa die Gemeinschaftsschule in Freisen und die Ganztags-Gemeinschaftsschule in Neunkirchen) in der pädagogischen Arbeit neue Wege eingeschlagen. Die Schulleitungen und Kolleg\*innen dort verfügen über wertvolle Erfahrungen, die gerade auch für den Umgang mit den so genannten „verhaltensauffälligen“ und „bildungsfernen“ Kindern und Jugendlichen wichtige Orientierungen bieten können. Dem Austausch zwischen den Schulen kommt hier eine wichtige Funktion zu. Dieser ist sinnvoller als die kritiklose Übernahme fertiger Konzepte, denen fragwürdige Auffassungen über Kinder und Jugendliche und die Gesellschaft im Allgemeinen zu Grunde liegen. ■



**Ilka Hoffmann**  
GEW-Hauptvorstand,  
OB Schule

#### Literatur

- Grüner, Thomas / Hilt, Franz: „Bei STOPP ist Schluss!“ Werte und Regeln vermitteln. Lichtenau 2008: AOL.  
Herz, Birgit / Heuer, Sven: Eine Pädagogik der Beschämung? Emotionale Gewalt als Disziplinartechnik. In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete (VHN) 83 (2014), S. 246 – 249.  
Liebknecht, Wilhelm: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen. Vortrag, gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Arbeiterbildungsvereins am 5. Februar 1872 und zum Stiftungsfest des Leipziger Arbeiterbildungsvereins am 24. Februar 1872. In: Ders.: Kleine politische Schriften, Kap. 3. Leipzig 1976: Reclam.  
Fuchs, Mareike: Umstrittenes Schulkonzept auf dem Prüfstand. 9. November 2013; Hintergrundbericht zu dem Beitrag „Schulen: Umstrittene Gewaltprävention“ von Mareike Fuchs und Jörn Straehler-Pohl in der NDR-Sendung Panorama 3 vom 29. Oktober 2013; <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Umstrittenes-Schulkonzept-auf-dem-Pruefstand,schulkonzept101.html>.  
Schumann, Brigitte: "Ich schäme mich ja so!" Die Sonderschule für Lernbehinderte als "Schonraumfalle". Bad Heilbrunn 2007: Klinkhardt.  
Stötzner, Heinrich Ernst: Schulen für schwachbefähigte Kinder. Erster Entwurf zur Begründung derselben (1864). In: Möckel, Andreas (Hg.): Sonderpädagogische Grundprobleme, Reader zu Kurseinheit 3: Geschichte der Sonderpädagogik, unter besonderer Berücksichtigung der Schule für Lernbehinderte, Teil 2, S. 35 – 44. Hagen 1979: Fernuniversität Hagen.

Fotos: fotolia.de/©Christian Schwier

# PISA

Sonderauswertung zum Schulerfolg sozial benachteiligter Schüler\*innen



### bildungsklick

Seit vor rund zehn Jahren John Hattie mit seiner Metaanalyse „Visible Learning“ nachhaltig die Bildungsdiskussion bezogen auf die Frage, welche Faktoren das Lernen befördern, anfachte, haben sich viele Diskutanten der unterschiedlichsten Couleur bei Hattie „bedient“...

Jetzt hat zu Beginn dieses Jahres die OECD eine Pisa-Sonderauswertung veröffentlicht, die es meiner Meinung nach ebenfalls „in sich“ hat. Die Studie „Erfolgsfaktor Resilienz“, mitfinanziert von der Vodafone Stiftung, ging der Frage nach, welche schulische Faktoren die Resilienz von Schüler\*innen befördern. Dabei gelten Schüler\*innen als resilient, wenn sie trotz eines eher bildungsfernen Elternhauses gute schulische Leistungen erbringen.

Die schlechte Nachricht für alle, die immer noch von homogenen Lerngruppen träumen: Schüler\*innen aus bildungsfernen Elternhäusern erbringen vor allem dann gute Leistungen, wenn sie an Schulen mit hoher sozialer Mischung unterrichtet werden. Wenn Deutschland sich zu einer offenen Gesellschaft bekennt, müsste also genau dies von der Bildungspolitik befördert werden. „Nur, wenn wir die sozial schwächsten Schüler\*innen befähigen die Leistungsstärksten zu werden, können wir die soziale Kluft verringern“, lautet daher auch das Credo von Sebastian

Gallander von der Vodafone Stiftung. Einen zweiten entscheidenden Faktor führt Andreas Schleicher, OECD-Direktor für Bildung, an. Ein geordnetes und lernorientiertes Klima im Klassenzimmer ist seiner Meinung nach ebenfalls ein entscheidender Faktor hinter dem Schulerfolg bildungsferner Schüler\*innen. All denen, die glauben, dass die Ressourcenzuteilung alleine über den Schulerfolg entscheidet, hält er entgegen: „Wenn sowohl Schulleitung als auch Lehrkräfte den Willen und die Fähigkeit haben, ein solches lernorientiertes und geordnetes Klima zu schaffen, dann sind die Erfolgsaussichten größer, als wenn einfach die Mittelausstattung steigt.“

Weder mehr Ressourcen, noch kleinere Klassen oder eine bessere Ausstattung (z.B. mit Computern) der Schulen führen nach dieser Studie unbedingt zu einem höheren Anteil an resilienten Schüler\*innen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Investitionen an Schulen keine Rolle spielen – vielmehr – so geht aus der Studie hervor – helfen sie im Wesentlichen dann, wenn sie den Lernprozess und die Lernumgebung effektiv verbessern. Zwei Faktoren können laut Studie ein solch gutes Lernklima befördern:

- Eine niedrige Lehrerfluktuation (dann kann sich eine offene Kommunikation und eine vertrauensvolle Beziehung leichter entwickeln);

■ Eine motivierende Schulleitung, der es gelingt, das Lehrerkollegium von einer Vision zu überzeugen und auf die entsprechenden strategischen Ziele und Ergebnisse auszurichten.

Interessant scheint mir auch, was die Studie vor dem Hintergrund von Ganztagsangeboten zu Tage fördert. So lässt sich insbesondere für Deutschland ein positiver Effekt von schulischen Aktivitäten jenseits des Unterrichts ausmachen. Das lässt für die Verfasser der Studie den Schluss zu, dass sie Investitionen in (echte, d.h. gebundene) Ganztagsangebote sich positiv auf den Lernerfolg sozial benachteiligter Schüler\*innen auswirken.

Wer Bildungsgerechtigkeit ernst meint, findet in dieser Studie genügend Grundlagen, die richtigen Schritte zu tun. Aber auch hier gilt: Man kann den Esel zum Brunnen tragen – trinken muss er schon selber! ■



**Anna Haßdenteufel**  
Stellv. Landesvorsitzende GEW Saarland



# 45 Jahre FG Sozialpädagogische Berufe in der GEW Saarland

Am 7. September 2019 feierten wir anlässlich des 45-jährigen Bestehens der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe unser Jubiläum im Bildungszentrum Kirkel. Begonnen wurde mit einem Sektempfang und nach Begrüßung des Fachgruppenvorstandes richtete zunächst Björn Köhler ein Grußwort an die Kolleginnen und Kollegen:



Natalie Horne

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, 45 Jahre Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe im Saarland, dazu gratuliere ich Euch recht herzlich, im Namen des Hauptvorstandes, aber auch persönlich! Ich selber durfte die GEW im Saarland das erste Mal vor 11 Jahren kennenlernen. Damals war ich Praktikant bei Peter Balnis.“

45 Jahre Fachgruppe, d.h. 45 Jahre miteinander aktiv sein, 45 Jahre etwas bewegen, 45 Jahre Unterstützung für Kolleginnen und Kollegen und gefühlt 45 Jahre singen mit Brigitte Bock. Aber 45 Jahre Fachgruppe heißt auch 45 Jahre Arbeit, 45 Jahre miteinander um Positionen zu ringen. 45 Jahre Auseinandersetzung und 45 Jahre politische Arbeit, die nicht immer einfach ist, aber die im Saarland ankommt! Die GEW Saarland, aber auch die Fachgruppe sind im politischen Saarland fest verankert. Eure Positionen werden gehört und sorgen oft genug für Ärger. Und oft ist es diese Spannung, die für Veränderungen sorgt. Wenn sich ständig alle liebhaben, dann verändert sich auch wenig. Spannung, sich aneinander zu reiben, das baut Energie auf, das schafft Veränderung! Sowohl nach außen, aber auch

in unserer GEW. Das macht nicht immer Spaß, aber es sorgt für Veränderung.

Und schon Karl Marx wusste: „Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre“ (Karl Marx).

Und das macht Eure Arbeit so wertvoll! Ihr prägt die Gesellschaft im Saarland nicht nur durch Eure pädagogische Arbeit, sondern für uns auf der Bundesebene auch spürbar durch Eure politische Arbeit, die unermüdlich den Finger in gesellschaftliche Wunden legt, von denen es leider zu viele gibt. Und auch in der nächsten Tarifrunde wollen wir nicht nur einen guten Tarifabschluss, sondern auch die Gesellschaft ein Stück verändern. Wir wollen gemeinsam deutlich machen, wie unsere Arbeit die Gesellschaft prägt und dass wir dafür gute Arbeitsbedingungen brauchen!“



Als Geburtstagsgeschenk und als symbolische Anerkennung unserer wertvollen Arbeit übergab Björn Köhler uns ein Buch für unsere Gewerkschaftsbibliothek, das uns hoffentlich Argumente für Veränderung im Saarland bringen kann.

Danach sprach Alessandro Novellino, Vorsitzender der Bundesfachgruppe. Er gratulierte der Fachgruppe zu ihrem 45-jährigen Bestehen und begrüßte, dass die Fachgruppe so aktiv ist. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Aktivitäten wies er jedoch darauf hin, dass es noch viel zu tun gibt. Dabei lobte er den Zusammenhalt in der GEW. Im Anschluss sprach unsere GEW Landesvorsitzende Birgit Jenni. In

ihrer Festansprache lobte sie die ehrenamtlich geleistete Arbeit der Fachgruppe, die vor allem durch Brigitte Bock, die von 1992 bis 2016 den Fachgruppenvorsitz innehatte, geprägt wurde und die somit den Grundstein für die erfolgreiche Arbeit gelegt hat, was man an der Mitgliederentwicklung sieht: 1976 hatte die Fachgruppe 16 Mitglieder und im Jahr 2019 sind es 1060.

„Und deshalb liebe Brigitte, sagen wir als aktive Fachgruppe, Danke für dein unermüdliches Engagement in der Fachgruppe!“

Die Musik kam bei unserem Fest natürlich auch nicht zu kurz. Siggie Becker spielte auf seiner Gitarre Lieder zu gesellschaftskritischen und gewerkschaftlichen Themen. Diesen feierlichen Rahmen nutzten wir, um auf die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 zurückzublicken. Alessandro Novellino, Vorsitzender der Bundesfachgruppe und Willi



Björn Köhler, GEW-Hauptvorstand OB Jugendhilfe und Sozialarbeit, und Natalie Horne





Alessandro Novellino

Schirra, ehemaliger Geschäftsführer der GEW Saarland, berichteten uns ausführlich, wie diese Tarifrunde verlief. Im Anschluss daran gab uns Björn Köhler, Mitglied im GEW Haupt-

vorstand für den Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, einen ausführlichen Ausblick auf die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE 2020) und machte mit uns einen interessanten Workshop, mit dem wir die nächste Tarifrunde vorbereiten werden. Abschließend bedankte sich Björn Köhler und beendete die Runde mit den Worten von Thomas von Aquin: „Für Wunder muss man beten, für Veränderungen aber arbeiten!“

Wir haben schon damals für Veränderungen gekämpft und einiges erreicht. Aber das ist noch lange nicht genug. Es gibt noch viel zu tun. Wir werden uns auch in Zukunft weiter für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und kämpfen.

**Denn wir sind mehr wert!**

**Natalie Horne**  
Vorsitzende Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

FG Sozialpädagogische Berufe informiert:

## Unsere nächsten Termine:

### Nächste Fachgruppensitzung

Donnerstag, 24. Oktober 2019,  
18:30 Uhr, GEW Geschäftsstelle

### Kennenlernetreffen für neue Mitglieder mit Interesse an Fachgruppenarbeit

Sonntag, 10. November 2019 und  
Sonntag, 17. November 2019  
jeweils von 10:00 bis 12:00 Uhr,  
in der GEW Geschäftsstelle.

Die Einladung wird per E-Mail an die Fachgruppenmitglieder verschickt.

## // GEW-SEMINAR //



## Fit im Examen Referendariat

24. Oktober | LPM-Nr.: K4.861-0190  
von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
GEW-Geschäftsstelle, Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken  
Referentin: Gabriele Melles-Müller, GEW-Juristin

Schulrecht ist Prüfungsstoff! Diese Fortbildung bietet **Referendar\*innen** die Möglichkeit, sich intensiv auf schulrechtliche Fragestellungen vorzubereiten. Anhand von Fallbeispielen werden u.a. die Themen „Rechte und Pflichten der Lehrer, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, Aufsichtspflicht, Kriterien der Leistungsbeurteilung, Grundsätze für die Arbeit der Schulgremien“ behandelt. Den Teilnehmer\*innen wird zudem umfassendes Informationsmaterial anhand eines Skriptes zur Verfügung gestellt.

Anmeldung nur online unter [www.lpm.uni-sb.de](http://www.lpm.uni-sb.de)

# Bildung. Weiter denken!



## Die Bildungsgewerkschaft



// GEW-SEMINAR //



## Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

19. November 2019 | LPM-Nr.: K4.861-1390

von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr

GEW-Geschäftsstelle, Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken

Referentin: Gabriele Melles-Müller, GEW-Juristin

Die Pflege von Angehörigen stellt viele Lehrkräfte vor große Herausforderungen. In der Veranstaltung werden Informationen und Hilfestellung zu organisatorischen und rechtlichen Problemen angeboten:

- Dienstbefreiung bei schwerer Erkrankung eines Angehörigen
- kurzfristige Beurlaubung aus familiären Gründen
- Teilzeitbeschäftigung zur Pflege eines Angehörigen
- kurzfristige Arbeitsverhinderung bei einer akut auftretenden Pflegesituation
- Familienpflegezeit

Anmeldung nur online unter [www.lpm.uni-sb.de](http://www.lpm.uni-sb.de)



Veranstaltung des KV Saarlouis:

## Rückblick

Der GEW-Kreisverband Saarlouis hatte im Rahmen einer offenen Vorstandssitzung am 11. September 2019 zu einem Vortrag eingeladen zum Thema „Die „Neue Rechte“ in Deutschland – Herausforderung für die Demokratie“. Der Referent, Michael Groß, Politik- und Erziehungswissenschaftler (M.A.) der Fachstelle gegen Rechtsextremismus des Adolf-Bender-Zentrums e.V., gab dabei ausführlich Einblick über

- die „Köpfe“ der „Neuen Rechten“,
- das Milieu,
- Traditionslinien und ihre Entwicklung,
- die Strategie,
- den Kampf um Begriffe und
- die Ideologie.

Der Referent stellte abschließend verschiedenen Thesen auf und zeigte Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der „Neuen Rechten“ auf.

Lebhaft wurde im Anschluss an den Vortrag diskutiert und Fragen der Teilnehmer\*innen durch den Referenten beantwortet. Wieder



Teilnehmer\*innen der Veranstaltung des KV Saarlouis

einmal mehr wurde deutlich, wie wichtig politische Bildung, Medienerziehung und Erinnerungskultur sind. In diesem Zusammenhang sei auf eine weitere Veranstaltung hingewiesen, die der Kreisverband Saarlouis zusammen mit dem GEW-Landesverband Saarland und dem Adolf-Bender-Zentrum für Demokratie und Menschenrechte anbietet:

**Den Stammtischparolen Paroli bieten – Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (LPM-Nr. K4.861-1290).**

Das Seminar findet am 28. November von 15.00 bis 18.00 Uhr in der Kulturwerkstatt Beckingen statt. Nähere Informationen unter [www.gew.saarland](http://www.gew.saarland). Die Anmeldung erfolgt online über das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM). ■

**Traudel Job**

Foto: Traudel Job

Aus dem KV Saarlouis:

## Wir gratulieren Harald Ley!



v.l.n.r.: Malik, jüngster Enkel von Harald Ley, Wolfgang Kiefer, Harald Ley | Foto: Wolfgang Kiefer

Das langjährige und sehr aktive Mitglied in vielen Gremien der GEW und in der Mundartszene, allen GEW Mitgliedern bekannt durch sein "Schlusswort" in unserer EuWiS, feierte in diesem Sommer seinen 70. Geburtstag in

Picard im Kreise seiner Freunde. Gratulant für den KV Saarlouis war der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Kiefer. ■

**Wolfgang Kiefer**

**EINE SCHULE  
FÜR ALLE**

**FÖRDERN STATT  
AUSLESEN**



# “Demokratisch handeln”

Erfolgreiche Arbeit sichtbar machen - aktuelle Bewerbungsrunde im Förderprogramm

Seit 2017 koordiniert das Adolf-Bender-Zentrum im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung die regionale Beratung und Koordination des bundesweiten Förderprogrammes „Demokratisch Handeln“.

Der Wettbewerb wird bereits seit 1989 durchgeführt und richtet sich an alle Schulformen sowie die außerschulische Jugendarbeit. „Demokratisch Handeln“ will demokratische Haltung und demokratische Kultur im Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken.

Teilnehmen können Kinder und Jugendliche alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden, Eltern und Akteuren der Jugendarbeit. Interessant sind vor allem Themen und Projekte, die eine Eigenverantwortlichkeit der Teilnehmenden erfordern und unterstützen. Hierbei kann gerne auf bereits bestehende, aber bislang noch nicht eingereichte Aktivitäten zurückgegriffen werden, ebenso kann eine Einbindung in größere Gesamtkonzepte dargestellt werden.

Wettbewerbseinsendungen sind bis 30.11. eines jeden Jahres möglich und werden von einer bundesweiten Fachjury gesichtet. Im



Frühsommer des Folgejahres werden Akteure aus ca. 50 Projekten zur kostenfreien Teilnahme an einer mehrtägigen „Lernstatt Demokratie“ ausgewählt, in deren Rahmen die Beteiligten ihre Projekte vorstellen können, sich vernetzen und gemeinsam an Themen und Formen demokratischen Engagements arbeiten. In der letzten Förderrunde wurden aus dem Saarland die Projekte der Gemeinschaftsschule Lothar-Kahn-Schule Rehlingen-Siersburg, des Gymnasiums Wendalinum St. Wendel sowie der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule Spiesen-Elversberg ausgezeichnet.

Wir würden uns sehr freuen, wenn auch Sie das vielfältige Engagement Ihrer Schule oder Jugendgruppen sichtbar machen, indem Sie

Ihre Aktivitäten im Kontext des Demokratie-lernens vor Ort gemeinsam mit den Jugendlichen als Wettbewerbsbeitrag einreichen. ■

(red.)

Weitere Informationen und einen Überblick über bisher eingereichte Projekte finden Sie unter: <http://www.demokratisch-handeln.de/>  
 Infos zur Regionalberatung finden Sie hier: <https://adolfbender.de/beratung/wettbewerb-demokratisch-handeln/>  
 Für Rückfragen und Beratung zur Bewerbung steht das Team des Adolf-Bender-Zentrums Ihnen gerne zur Seite.  
 Adolf-Bender-Zentrum  
 Gymnasialstraße 5, 66606 St. Wendel  
 Tel. 06851 / 808279-0  
 info@adolfbender.de  
 www.adolf-bender.de  
 fb.com/benderadolfb

# 100 Jahre Grundschule – Soziale Chancenungleichheit und kein Ende

Die Schulform Grundschule feiert in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden in der Verfassung und ein Jahr später im Reichsgrundschulgesetz Grundsätze verankert, die als Geburtsstunde der Grundschule gelten. Damit verbunden war ein anspruchsvolles Ziel: die soziale Chancengleichheit zu stärken. Die Einrichtung der Grundschule gilt somit als Meilenstein der deutschen Schulgeschichte.

Dieses Jubiläum nehmen Prof. Dr. Isabell van Ackeren (Professorin für Bildungssystem- und Schulentwicklungsforschung an der Universität Duisburg-Essen) und Klaus Klemm (emeritierter Professor für Bildungsforschung und Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen in Essen) zum Anlass, die Entwicklung der Schulform von damals bis heute genauer unter die Lupe zu nehmen. In ihrem Beitrag „100 Jahre Grundschule – Soziale Chancenungleichheit und kein Ende“ (18 Seiten; veröffentlicht in der Zeitschrift für Grundschulforschung, Volume 12, Number 2, Springer, 2019) gehen sie der Frage nach, inwiefern die Hoffnung auf soziale Chancengleichheit eingelöst wurde bzw. noch unzureichend eingelöst ist.

Nachdem van Ackeren und Klemm zunächst kompakt den Prozess der Einführung der neuen Schulform vor einhundert Jahren beleuchten, stellen sie aus aktueller Perspektive empirische Befunde zur Chancengleichheit im Schulsystem zusammen und analysieren in diesem Zusammenhang die spezifische Rolle der Grundschule. Abschließend gehen sie der Frage nach, ob neuere Ansätze der Schulentwicklung das Potenzial haben, mehr Chancengleichheit im Kontext der Grundschule zu verwirklichen. Ein großes Hindernis und ein Kernproblem bei der Umsetzung besserer Chancengleichheit sehen sie darin, dass nach der kurzen gemeinsamen Grundschulzeit (vier Jahre, nur in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind es sechs Jahre) weiterhin eine Selektionsentscheidung getroffen werden muss. Danach werden die Kinder

dann in einem noch immer stark gegliederten Schulsystem unterrichtet. Es erfolgt also sehr früh eine Weichenstellung auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege.

Isabell van Ackeren und Klaus Klemm zeigen, dass diese Struktur der frühen Selektion in kaum einem anderen OECD-Staat anzutreffen ist. Das hat Folgen. Die empirische Befundlage ist hier eindeutig: Das deutsche System verstärkt soziale Chancenungleichheit, es läuft dem Anspruch des demokratischen Sozialstaates zuwider, jedem seiner Mitglieder unabhängig von seiner Herkunft gleiche Lebenschancen zu bieten. Der internationale Vergleich zeigt auch: Das Ausmaß sozial bedingter Ungleichheit wird nur von einigen wenigen Ländern übertroffen. In Deutschland ist der Erwerb von Bildung, der Besuch anspruchsvoller Schultypen und das Erlangen entsprechender Abschlüsse weiterhin sehr stark von der sozialen Herkunft abhängig.

In allen Bundesländern wird zum Ende der Grundschulzeit im Halbjahr eine Empfehlung über den weiteren Bildungsweg ausgesprochen. Zwar hat diese Empfehlung in den einzelnen Ländern eine unterschiedliche Verbindlichkeit, denn teilweise kann die Entscheidung, wie z. B. im Saarland, von den Eltern getroffen werden. Van Ackeren und Klemm zeigen aber, warum dies das Grunddilemma kaum ändert, also nicht für mehr Chancengleichheit im Hinblick auf die Schullaufbahn sorgt. In einer Analyse der aktuellen bildungspolitischen Schulentwicklungsbemühungen zeigen Ackermann und Klemm, dass diese strukturelle Verfasstheit des Schulsystems nicht in Frage gestellt wird. Zwar gibt es in den Bundesländern unterschiedliche Ansätze und Bemühungen die Diagnostik und individuelle Förderung zu verbessern und Inklusion umzusetzen. Eine längere gemeinsame Beschulung aller Kinder und Jugendlichen, geschweige denn eine Schule für alle bis zum Ende der Pflichtschulzeit, wie sie auch die GEW fordert,

haben in den bildungspolitischen Schulentwicklungsbemühungen derzeit aber keinen hohen Stellenwert.

Ein Potential zum Abbau ungleicher Bildungschancen machen van Ackeren und Klemm auch im Elementarbereich aus. Empirische Befunde geben Hinweise, dass bei Jugendlichen, die eine Kindertageseinrichtung schon vor dem 3. Lebensjahr besuchten (im Vergleich zu solchen, die erst mit drei Jahren eingetreten sind), sich die Wahrscheinlichkeit guter Schulnoten in Mathematik und Deutsch erhöht. Im Betreuungsjahr 2017/18 lag die Betreuungsquote in den Krippen Deutschlands aber nur bei 33,6%. Hier gibt es also noch viel Luft nach oben.

Fazit

Die Analysen und Schlussfolgerungen von Isabell van Ackeren und Klaus Klemm mögen wenig überraschend sein, sie sind aber lesenswert, denn sie liefern ideologiefrei viele wissenschaftlich belegbare Befunde, welche die Wichtigkeit der GEW-Position stützen: Wenn gleiche Bildungschancen für alle das Ziel sind, darf es keine frühe Selektion der Kinder geben. Ziel muss eine möglichst lange gemeinsame Beschulung aller Kinder sein, sowie ein Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote im Elementarbereich, schon vor dem 3. Lebensjahr. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht bis zum 200. Geburtstag dauert, bis diese Forderungen in Gesellschaft und Länderpolitik breite Zustimmung finden und im Bildungssystem umgesetzt sind. – „Großes entsteht immer im Kleinen.“ ■

Thomas Schulgen  
 Fachgruppe Grundschulen

Isabell van Ackeren & Klaus Klemm  
 Zeitschrift für Grundschulforschung  
 Journal for Primary Education Research  
 ISSN 1865-3553  
 Volume 12, Number 2  
 ZfG (2019) 12:399-414  
 DOI 10.1007/s42278-019-00057-4, Springer

ANZEIGE

Die VHS Regionalverband Saarbrücken sucht Dozentinnen und Dozenten für skandinavische oder nordische Sprachen: Norwegisch, Dänisch und Schwedisch.

Bei Interesse senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen gerne an Programmbereichsleiterin Rosemarie Wolpers: [rosemarie.wolpers@rvsbr.de](mailto:rosemarie.wolpers@rvsbr.de)



## SAVE THE DATE

### 5. Elternforum Inklusion

### Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf in Regelschulen

Mittwoch, 23.10.2019, von 16:00 bis 19:00 Uhr  
 Arbeitskammer, Fritz-Dobitsch-Str. 6, Saarbrücken

Auch in diesem Jahr bietet der Verein Miteinander Leben Lernen (MLL) in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlands eine Informationsveranstaltung zum Thema „Inklusive Bildung für Eltern von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf“ an.

Welche Rechte haben Kinder mit Beeinträchtigungen, wenn es um gemeinsame Bildung geht, welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es und wer ist dafür zuständig? Auch Fragen zum Wechsel auf weiterführende Schulen können beantwortet werden. Für alle diese Informationen stehen Vertreter\*innen aus dem Bildungsministerium, dem Schulamt, dem Jugendamt und dem Landesamt für Soziales zur Verfügung.

Falls Kinderbetreuung, ein/e Gebärdendolmetscher\*in, weitere Hilfsmittel oder Unterstützung benötigt werden, bitten wir, dies bis zum 11.10.2019 unter 0681/68797-0 oder [info@mll-saar.de](mailto:info@mll-saar.de) anzumelden.



# Lexikon Saarbrücker Straßennamen



sich z. B. ausgerechnet Komponisten im Kaiser- und Mühlenviertel und Greifvögel in Bübingen tummeln. Der damit verbundene Aufwand hätte das Erscheinen des Buches um Jahre verzögert und den Umfang zu sehr aufgebläht“ (S. 10).

Philipp verzichtet auf eine Wertung oder Interpretation der Straßenbenennung und verweist diesbezüglich auf Vorstudien von Cenkel/Kabioll, Saarbrücker Straßennamen hinterfragt, 1989; Schleiden, Straßennamen (In: Kohle, Kähne, Kußverwandtschaft), 1998; Bungert, Straßen im Saarland, 2014. Insgesamt sind 1.761 Saarbrücker Straßennamen erfasst.

**Exemplarisch werden die Ausführungen zu einem Straßennamen auf Seite 72 angegeben:**

Angela-Braun-Straße – Angela Braun-Stratmann (22.8.1892-19.6.1966): Journalistin und Politikerin, Ehefrau von Max Braun (siehe Max-Braun-Straße), erste Frauenpolitikerin an der Saar, 1924 Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt, SPS-Abgeordnete im Landtag 1947-53, Chefredakteurin einer Frauenzeitschrift [Charme, 1947-1949]. Engagierte sich ab 1933 teils im Exil gegen die NS-Diktatur.

Stadtteil: Malstatt; Distrikt: Unteres Malstatt; Postleitzahlengebiet: 66115; Länge der Straße: 345 Meter; Einwohnerzahl der Straße, Stand 31.12.2017: >30 Einwohner; Lage der Straße im Straßennetz oder in ihrer Umgebung: verbindet Wiesenstraße und Im Rotfeld, Teil des Gewerbegebietes Rotfeld; Quellen (insbesondere Literatur und persönliche Hinweise Sachkundiger), die der Recherche zu Grunde lagen. Die hier aufgeführten Abkürzungen werden im Literatur- und Quellenverzeichnis im Anhang erläutert: FrauenSichten-Geschichte (Hg.): ... wegweisend, mehr FrauenStraßenNamen für Saarbrücken. Dokumentation, Vorschläge. Saarbrücken: Frauenbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken, Frauenbibliothek Saar 2004, 2. Auflage 2011.

Falls es für die jeweilige Straße zutrifft, wird vor der Angabe des Stadtteils eine Aufstellung über frühere Namen der Straße sowie das Jahr der Umbenennung vermerkt, etwa auf Seite 422: Willi-Graf-Straße: bis 1945 Eupener Straße (überwiegend deutschsprachige Stadt in Belgien).

Der Lexikalische Teil nimmt verständlicherweise den Löwenanteil der Publikation ein, S. 25-433, gefolgt von „Ein paar statistische Spie-

lereien“, S. 435-442, Literatur- und Quellenverzeichnis, Bildquellen und Angaben zum Autor. Im statistischen Teil beantwortet Markus Philipp u. a. Fragen nach den Superlativen – am längsten, am größten, am kleinsten. Der Mecklenburgring (Eschberg) ist die Straße mit den meisten Einwohnern, 1920 Personen. Die Warndtstraße in Klarenthal ist mit 6.263 Metern die längste und die Philippintreppe in Alt-Saarbrücken mit 13 Metern die kürzeste Straße der Landeshauptstadt Saarbrücken. Die „Verlängerte Julius-Kiefer-Straße“ ist der längste und „Grube“ der kürzeste Saarbrücker Straßennamen.

Das Lexikon Saarbrücker Straßennamen gehört in jeden Saarbrücker Haushalt und sollte Anregung für andere saarländische Kommunen bieten, ein Lexikon der Straßennamen zu erarbeiten. ■

**Franz Josef Schäfer**

Markus Philipp: Lexikon Saarbrücker Straßennamen Geistkirch Verlag 2019, 451 S., 29 Abb. ISBN: 978-3-946036-91-3 Preis: 24,80 Euro



**Die GEW gratuliert allen Kolleginnen und Kollegen, die im Monat Oktober Geburtstag haben und wünscht ihnen alles Gute.**

**Bei denjenigen, die in diesem Monat 25 Jahre und länger Mitglied unserer Gewerkschaft sind, bedanken wir uns für ihre Treue.**



**Schlusswort**

**Meise, Meiser, ganz viel Piepen**

Ich weiß nicht, wie das kommt – doch ich denke Ich denke sogar ziemlich oft, ich hätt 'ne Meise Doch weiß ich nun, des Denkens letzter Schluss: Es geht noch Meiser

So wie der Bürgermeister Quierschieds anno 98 Sich Tickets für Deutschland – USA vergönnte Bezahlt von einer Firma mit Nachnamen Onyx Er hieß Klaus Meiser

Die Kickerleidenschaft jedoch ward für ihn teuer Es kam ans Licht und auch zum Strafverfahren Eingestellt nach Zahlung von 11.679 Mark Es zahlte ein Klaus Meiser

Kurz drauf war er dann Innenminister hier im Land Und stolperte im Strafraum des FC Saarbrücken Ein Strafbefehl über 20.700 Mark war die rote Karte Vom Platz musste Klaus Meiser

Er trat zurück und dann bald wieder ein, beerbte AKK Er wurde Präsident des Landessportverbandes und Er wurde auch Präsident des Landtages des Saarlands Stehaufmännchen Klaus Meiser

Und er schaffte, ließ Freundin und Bruder schaffen Gab viel Geld aus von uns, nahm viel Geld ein für sich Da kam schon was zusammen für uns Steuerzahler Es zahlte nicht Klaus Meiser

Der saß oben bei Steinkohle und RAG, bei Saar LB, bei Spielbanken, Sporttoto, Sparkasse Saarbrücken, bei Saarland Feuer- und Lebensversicherung, pro Jahr 100.000 Piepen mehr für Klaus Meiser

Dann kam der jähe Fall, äh schon wieder? Hoppla! Was war davor? Da war doch was mit meiner Meise Ich soll doch die Verdienste anderer nicht klein reden Nicht die von Herrn Klaus Meiser

Aber das Urteil 2019: 22 Monate auf Bewährung Wegen schwerer Untreue und Vorteilsgewährung Und eine Bewährungsaufgabe von 60.000 Euro Für den armen Klaus Meiser

Jetzt ist der Kerl erledigt, dachte ich mit meiner Meise Doch Klaus ist so viel Meiser und behält das, was er hat Kriegt auch noch an Pension 8.400 Euro Piepen im Monat Dieser Schluri, der Klaus Meiser

Doch nun zum „häppie änd“ der bitt're Nachgeschmack 100.000 Piepen Nachschlag will man noch von ihm „Bei denen piept es wohl! Die haben doch 'ne Meise!“ Denkt sich nun sicher ein Klaus Meiser

Harald Ley



// **FACHTAGUNG** //



## 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention

Wir feiern Geburtstag mit Pauken und Trompeten

**07. November 2019 | LPM-Nr. C4.331-0190**

**von 09.00 Uhr bis 16.30 Uhr**

**im CFK Spiesen-Elversberg, Zum Nasswald 1, Spiesen-Elversberg**

Kooperationspartner: GEW, LPM, ILF, MLL, Arbeitskammer,  
Landeselterninitiative für Bildung, GGG, GLEV

### Fachvortrag und handlungsorientierte Workshops

- Workshop 1: Gesprächsrunde  
mit Dr. Reinald Eicholz, Dunja Fuhrmann, Dr. Ilka Hoffmann, Anett Sastges-Schank
- Workshop 2: Theater
- Workshop 3: Bildende Kunst
- Workshop 4: Musik
- Workshop 5: Poetry Slam

Alle weiteren Informationen zu Workshops, Tagungsablauf und Tagungsstätte finden Sie auf unserem Flyer unter <http://www.gew.saarland>.

**Anmeldung nur online unter [www.lpm.uni-sb.de](http://www.lpm.uni-sb.de)**

